

VOR 25 JAHREN

8769 Oberällmiger erhalten demnächst Nutzen

-ie- Zwischen dem 8. und 12. Dezember wird in den hiesigen Gemeinden der Oberallmeind- und Genossen-Nutzen ausbezahlt. 8769 Oberällmiger bekommen wiederum ein «Zwanzigernötli», während die «Grati» der Genossamen unterschiedlich ausfallen. Die Genossame Schwyz (bisher 150 Fr.) stellt eine Erhöhung in Aussicht, Brunnen kürzt den Nutzen um 100 auf 150 Franken.

Generalversammlung der St.-Niklausengesellschaft

sc. Würde die St.-Niklausengesellschaft aufgelöst – was bei der Begeisterung für diesen alten Brauch wohl kaum möglich ist – und innert zehn Jahren nicht neu gegründet, könnten die Frauen- und Müttervereine von Küssnacht über ein allfälliges Gesellschaftsvermögen verfügen. Fanden die einen dies ganz in Ordnung, störten sich andere daran, denn schliesslich sei das Klausjagen Angelegenheit der Männer.

Aus dem «Boten» vom 30. November 1990

Niemand will Schwyzer Krematorium

al. Angesichts des schlechten Zustandes vieler Schwyzer Friedhöfe, ist das Bedürfnis nach einem Krematorium unumstritten. Trotzdem will sich keine Gemeinde als Standort für ein geplantes Krematorium zur Verfügung stellen. Befürchteter Mehrverkehr und Zonenprobleme werden von sieben angefragten Innerschwyz Gemeinden als ablehnende Gründe angegeben. Doch noch in diesem Jahr will die Kommission für ein Krematorium Innerschwyz ihren Bericht an die Regierung abliefern. Danach kann dann die – schwierige – Suche nach einem definitiven Standort beginnen.

Brunnen: Schiessverbot wurde verfügt

(amtl.) Ab kommenden Jahr werden an der Gersauerstrasse in Brunnen am Oster- und Pfingstsonntag sowie an sämtlichen Sonntagen keine Schüsse mehr fallen. Der Gemeinderat hat hierfür ein entsprechendes Schiessverbot erlassen. Gleichzeitig beschränkte er die effektive Schiesszeit auf 100 Stunden. Früher oder später muss der Schiessbetrieb auf der heutigen Anlage eingestellt werden.

Aus dem «Boten» vom 5. Dezember 1990



Am Tag der offenen Tür im Durchgangszentrum Grünwald tanzten Kurden und Schwyzerinnen gemeinsam.

Archivbild

Schwyz erwartet weitere 720 Asylanten

one. Im Kanton Schwyz werden im kommenden Jahr weitere 720 Asylbewerber erwartet, die untergebracht werden müssen. Derweil werden die Klagen der Schwyzer Gemeinden, die sich vor fast unlösbare Unterkunftsprobleme bei den ihnen zugeteilten Asylanten gestellt sehen, immer lauter. Am kommenden Montag werden sich deshalb die Gemeinde- und Fürsorgepräsidenten aller Schwyzer Gemeinden mit Peter Arbenz und Vertretern des Schwyzer Departements des Innern zu einer Informationsveranstaltung treffen. Gegenwärtig befinden sich rund 900 Asylbewerber im Kanton Schwyz.

Aus dem «Boten» vom 7. Dezember 1990

Alles deutet auf Volksentscheid

KANTON Sollen die Beiträge pro Mittelschüler erhöht werden oder nicht? Alles deutet im Moment darauf hin, dass der Kantonsrat die Frage am Schluss vors Volk schickt.

JÜRIG AUF DER MAUR

Am Mittwoch beschäftigt sich der Kantonsrat nicht nur mit dem Budget 2016 (siehe Box). Ebenso entscheidend sind die Pflöcke, die er in Sachen Mittelschulangebot einschlägt.

Konkret geht es darum, wie hoch die Beiträge pro Schüler sein sollen, mit denen die privaten Mittelschulen unterstützt werden. Im Rahmen eines früheren Sparprogramms wurden diese zunächst gesenkt. Die betroffenen Schulen – vom Theresianum bis zum Gymnasium Immensee im inneren Kantonsteil oder die Klosterschule Einsiedeln – schrien laut auf. Sie sahen ihre Existenz bedroht.

SVP nicht einig

Weil der Kanton kein Interesse an einer Schliessung haben kann – würden die Privatschulen geschlossen, müsste er nämlich für teures Geld eine neue Infrastruktur auf die Beine stellen –, haben sich Kanton und Schulen nun zu einem Kompromiss gefunden. Die Regierung schlägt vor, den Kantonsbeitrag wieder auf 19 500 Franken zu erhöhen, was immer noch unter dem Beitrag liegt, den er pro Kopf an Kantischüler (26 000 Franken) bezahlt.

Der Kompromiss ist aber alles andere als unbestritten, wie ein Blick in die Ergebnisse der Fraktionssitzungen zeigt. «Beim Mittelschulgesetz sind wir gespalten und haben keine einheitliche Meinung», sagt SVP-Fraktionschef Herbert Huwiler auf Anfrage. Ausserschwyz Kantonsräte forderten nach dem Schliessungsentscheid der Regierung für die Schule Nuolen gleiches Recht und fordern auch eine Strukturanpassung in Innerschwyz.

FDP kritisiert fehlende Strategie

Ganz anders sieht das die CVP-Fraktion, die sich einhellig hinter die Pläne der Regierung stellt. «Eine Schliessung der privaten Mittelschulen würde den Kanton nicht nur vor räumliche Herausforderungen stellen, sondern auch zu Mehrkosten führen.» Es dürfe auch nicht sein, dass der Kantonsrat Budgetentscheide fälle, die die Überlebensfähigkeit der Schulen gefährdeten.

In der FDP waren die Bildungskosten insgesamt ein Thema. Einmal mehr habe die «fehlende Bildungsstrategie» zu reden gegeben, heisst es aus dem



Der Kantonsrat beschäftigt sich am Mittwoch mit der Zukunft der Schwyzer Privatschulen. Im Bild das Gymnasium in Immensee.

Archivbild Edith Meyer

Fraktionsbericht der Schwyzer Freisinnigen.

SP für ein klares Ja

Am klarsten unterstützt wird der Regierungsvorschlag neben der CVP auch von der SP-Fraktion. Sie spricht sich für eine starke Bildungslandschaft aus, die im Kanton Schwyz neben den kantonalen auch von leistungsfähigen privaten Anbietern geprägt werde.

«Die privaten Mittelschulen sind auf den kantonalen Beitrag angewiesen», hält Fraktionschef Paul Furrer, Schwyz, fest. Deshalb könne die SP/Grüne-Fraktion «dem neu vorgeschlagenen Fixbeitragssystem, wie es die Regierung vorschlägt, zustimmen».

Gegen Schulgelderhöhung

Gleichzeitig wehrt sich die SP gegen eine Erhöhung der Schulgelder von 500 auf 700 Franken bei den kantonalen Mittelschülern. «Eine Erhöhung um satte 40 Prozent geht viel zu weit», hält SP-Kantonsrat Luka Markic fest. Die SP will denn auch am Mittwoch einen Gegenantrag stellen.

Schon jetzt zeichnet sich damit ab, dass die Frage des künftigen Kantonsbeitrags vom Volk zu entscheiden ist. Sind es am Mittwoch nämlich weniger als 75 Prozent der Kantonsräte, die sich hinter den Kompromiss mit den Privatschulen stellen, muss das Geschäft automatisch dem Volk vorgelegt werden. Dann sind die Schwyzer Stimmbürger an die Urne gerufen.

FDP und CVP wollen bei den Steuern einen Befreiungsschlag

KANTON adm. Sollen die Steuern 2016 auf 170 Prozent einer Einheit steigen, wie das die Regierung vorschlägt? Oder reicht eine Erhöhung auf 160 Prozent, wie es die Staatswirtschaftskommission will?

Morgen wird es im Kantonsrat zum grossen Schlagabtausch um die Finanzen kommen. Zunächst geht es um die Höhe der Steuern 2016. Über das neue Steuergesetz (Stichwort Flat Rate Tax) wird dann erst im kommenden Frühjahr gestritten.

FDP für schnelle Lösung

«Wir brauchen diesen Befreiungsschlag, um die Kantonsfinanzen endlich wieder ins Lot zu bringen», lässt sich die abtretende FDP-Fraktionschefin Sibylle Ochsner (Galgenen) zitieren.

Die Bevölkerung verlange die schnelle Sanierung des Staatshaushaltes. Die FDP sei deshalb zum Schluss gekommen, den Vorschlag des Regierungsrates zu unterstützen und die Steuern auf 170 Prozent zu erhöhen. Einen Steuerfuss von 160 Prozent, wie ihn eine Mehrheit der Stawiko vor-

geschlagen habe, sei «nach längerer Diskussion» verworfen worden.

SVP schert aus

Die SVP wiederum stellt in ihrem Fraktionsbericht zwar fest, dass sich die Finanzen in Schieflage befänden und die Ausgabenseite unaufhörlich wachse. Eine Steuererhöhung sei deshalb unumgänglich. Die SVP will aber nicht so weit gehen wie die Regierung und die anderen Parteien und plädiert für eine Erhöhung auf 160 Prozent. Damit wäre das Defizit, das der Kanton im nächsten Jahr einfährt, mit rund 80 Millionen Franken rund 25 Millionen höher.

CVP kritisiert Firmenbesteuerung

Die CVP spricht sich für 170 Prozent aus, macht aber deutlich, dass bei den juristischen Personen eigentlich ein Anstieg auf 177 Prozent nötig wäre, um kostendeckend zu sein. Es dürfe nicht sein, dass natürliche Personen Firmen letztlich subventionieren. Trotz bereits früher geäusserten Bedenken sagt die SP «zähneknirschend» Ja zum Voranschlag.

Jungsozialisten fordern grössere Wahlkreise

KANTON Die Juso sieht im neuen Wahlverfahren Verbesserungspotenzial und hat eine Resolution verabschiedet. Grössere Wahlkreise sollen den freien Wählerwillen korrekt widerspiegeln.

abi. Für eine starke Demokratie braucht es ein Wahlsystem, das den Wählerwillen korrekt widerspiegelt. «Mit dem jetzigen System ist das leider noch lange nicht der Fall», erklärt Elias Studer, Parteipräsident der Juso Kanton Schwyz.

Seine Partei hat deshalb an ihrer letzten Vollversammlung vom vergangenen Freitag einstimmig die Resolution «ein gerechtes Wahlsystem für eine starke Demokratie» verabschiedet.

Kleine Parteien im Nachteil

Das neue Wahlverfahren für das Kantonsparlament – der Doppelte Pukelsheim – sei zwar eine grosse Errungenschaft, es gebe jedoch noch immer viel Verbesserungspotenzial, schreibt die Juso. Grosse Parteien würden noch immer bevorzugt. Denn damit alle Schwyzer überall die Partei wählen

können, die ihnen am meisten entspricht, sind die Parteien gezwungen, in allen 30 Gemeinden des Kantons Schwyz Kandidierende aufzustellen –

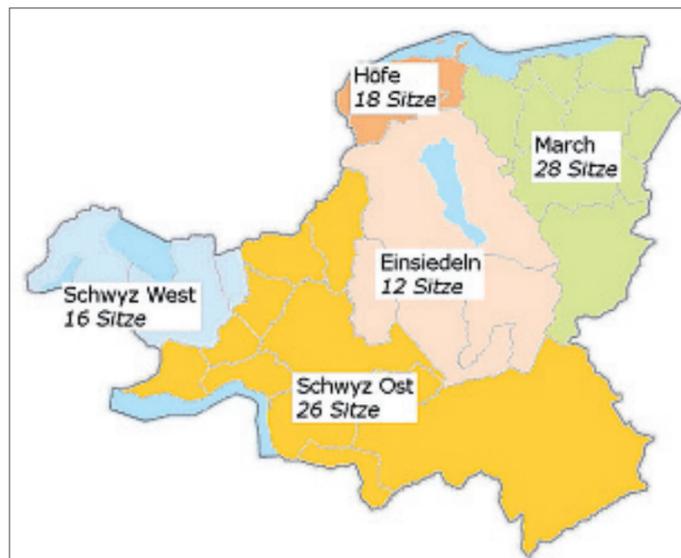
was vor allem für Kleinparteien nahezu unmöglich sei. «Das wiederum bedeutet, dass die Wähler nicht überall die Partei wählen können, die sie möchten.

Damit wird der freie Wählerwillen eingeschränkt», hält die Juso weiter fest.

Auch die Regierungswahlen verursachen der Juso Bauchschmerzen. «Es wird nicht nur im Majorzverfahren gewählt, sondern leere Linien werden nicht mal zum absoluten Mehr gezählt. Dadurch erhalten grosse und mittlere Parteien einen ungerechtfertigten Vorteil», schreibt die Jungpartei.

Sie hat deshalb einen Katalog mit Forderungen formuliert. So sollen beispielsweise neue und vor allem grössere Wahlkreise entstehen, die nicht weniger als zehn Kantonsratsmandate haben. Einerwahlkreise würden damit der Vergangenheit angehören. Nur mit grösseren Wahlkreisen kann gemäss Juso der Wählerwillen korrekt erfasst werden. Die Juso hat ausgerechnet, dass der Wahlkreis Höfe 18 Sitze bekommt, die March 28, Einsiedeln 12, Schwyz West 16 und Schwyz Ost 26 Sitze. Die 1-Prozent-Hürde bei den Kantonsratswahlen soll zudem abgeschafft werden. Zudem soll bei den Regierungs- sowie Ständeratswahlen das Proporzwahlrecht eingeführt werden.

Studer: «Dass das jetzige System demokratischen Ansprüchen nicht genügend gerecht wird, ist offensichtlich. Es ist undemokratisch, dass sich die bürgerlichen Grossparteien aus parteipolitischen Kalkül gegen ein besseres Wahlsystem stellen.»



So könnten gemäss Juso die neuen Wahlkreise aussehen.

Bild pd